

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 01.11.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:04 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Paulsen	Ausschussvorsitzender, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	vertrat Herrn Misch, Werner
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	vertrat Herrn Busse, Jürgen
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Renee Fischer	Verwaltung	
Herr Wolfgang Hans	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Rene Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Julia Burghardt	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	anwesend ab 18:05 Uhr
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Jürgen Busse	CDU	wurde vertreten durch Frau Wünscher, Ulrike
Herr Werner Misch	CDU	wurde vertreten durch Herrn Hildebrandt, Roland
Herr Dr. Ernst Müllers	Verwaltung	wurde vertreten durch Herrn Rothe, Klaus
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass die Verwaltung darum bitte, eine Dringlichkeitsvorlage, welche als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde, auf die Tagesordnung aufzunehmen. Weiterhin solle der Tagesordnungspunkt 4.2 in zwei Lesungen behandelt werden. Für die Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung sei eine 2/3-Mehrheit notwendig.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt (bei 10 Ja-Stimmen)

Somit erfolgte die Behandlung der Dringlichkeitsvorlage unter Tagesordnungspunkt 4.6.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2012
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2012
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362
 - 4.2. Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948
 - 4.3. 4. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"
Vorlage: V/2012/10949

- 4.4. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10950
- 4.5. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von
Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) -
Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009
Vorlage: V/2012/11024
- 4.6. Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen
Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673
Vorlage: V/2012/11109
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

Pappelbestand im Stadtteil Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/11038
- 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
- 5.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10586
- 5.2.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -
Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10880
- 5.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der
Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964
- 5.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften
für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2012

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den TOP. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, bat um Ergänzung der Aussage der Verwaltung unter Tagesordnungspunkt 6.7. Folgender Wortlaut wurde ergänzt: „**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, bat die Verwaltung um Stellungnahme. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, teilte mit, dass die Verwaltung derzeit überprüfe.“

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 12.09.2012.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der geänderten Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2012

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den TOP. Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 04.10.2012.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat Vorlage: V/2011/10362

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung. **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit**, begründete die Einbringung der Vorlage.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, regte an, den Bericht zum Winterdienst dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, sah keine Bedenken und stimmte dem zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Aufnahme des Berichtes zur Lärmaktionsplanung. **Herr Stäglin** wies darauf hin, dass in der Vorlage alle bisher beschlossenen Berichte aufgeführt seien, welche auf ihre Aktualität hin in der Diskussion in den Ausschüssen überprüft werden sollen. Es seien nicht neue Wünsche aufzunehmen.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass die Verwaltung nach Beschlusslage des Stadtrates mit der Erarbeitung eines Konzeptes und einer Beschlussvorlage beauftragt wurde. Dieses könne dann selbstverständlich durch den Rat ergänzt werden. Daher bat er um Aufnahme des Berichtes zur Lärmaktionsplanung. **Herr Dr. Wiegand** stimmte der Aufnahme zu.

Herr Paulsen bat weiterhin um Aufnahme eines regelmäßigen Berichtes zur Umsetzung des „Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept“.

Frau Dr. Schöps, Sachkundige Einwohnerin, regte an, einen zusammenfassenden jährlichen Bericht zum Baumbestand, in dem alle Maßnahmen zu Baumfällungen, zum

aktuellen Baumbestand, zu Ersatzpflanzungen und zur Baumbestandspflege der Stadt und der städtischen Betriebe mitgeteilt werden, aufzunehmen.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, teilte mit, dass die Verwaltung seiner Meinung nach schon genug zu tun habe und demnach die vorliegende Liste ausreichend sei.

Frau Dr. Schöps ergänzt, dass es nicht um die Darstellung jeder Einzelmaßnahme gehe, sondern um eine summarische Betrachtung und die Aufnahme wichtiger Entwicklungen und Probleme gehe. Frau Ruhl-Herpertz sagte eine Prüfung zu.

Herr Dr. Rürup, Sachkundiger Einwohner, bat um Ergänzung des Berichtes zur „Lokalen Agenda und Gesunde Stadt Halle“, da dieser seinen Ursprung in diesem Ausschuss habe.

Herr Paulsen, fragte nach, ob es der Verwaltung möglich sei, eine regelmäßige Mitteilung zur Polizeistatistik und zur Gefahrenabwehrverordnung geben zu können. **Herr Dr. Wiegand** teilte mit, dass die Gefahrenabwehrverordnung geprüft und zurzeit eine Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch den Landtag beraten werde. Aus diesem Grund kommen derzeit regelmäßige Mitteilungen im Ausschuss nicht in Betracht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage mit dem Hinweis, dass dies eine Empfehlung für den Stadtrat für Themen dieses Ausschusses sei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Bemerkung: Die Änderungen beziehen sich auf die Anlage. Durch die Verwaltung wurden für den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten folgende Berichte ergänzt:

- Bericht zum Winterdienst
- Bericht zur Lärmaktionsplanung
- Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
- Bericht zum Baumbestand
- Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage der Berichterstattungen in den Fachausschüssen bzw. im Stadtrat einschließlich deren Terminisierung (siehe Anlage).

zu 4.2 Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept Vorlage: V/2012/10948

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, führte in die Thematik ein. Anschließend wurde ein Vortrag des externen Dienstleisters B.&S.U. in Person von Herrn Rummel gehalten. Dieser sei im Ratsinformationssystem schon eingestellt worden.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte an, wie die Stadt Halle im Vergleich zu anderen ostdeutschen Städten stehe. **Herr Rummel** teilte mit, dass genaue Zahlen nicht vorliegen. Jedoch ist eindeutig erkennbar, dass die Nutzung des ÖPNV sehr hoch und der Kfz-Verkehr geringer als in anderen Städten sei.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., regte an, zu überlegen, wie das Ergebnis der Befassung des Ausschusses mit diesem Thema aussehen soll.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass das Konzept deutlich mach, wie notwendig dies für Halle sei. Er regte an, die Zielformulierung nach zu justieren. Bisher sollten entsprechend der städtischen Mitgliedschaft im „Klimabündnis“ alle fünf Jahre die CO₂-Werte um 10% reduziert werden. Dieses Konzept sehe jedoch nur eine Reduzierung bis 2020 um 6% vor. Die Verwaltung ziele momentan zu sehr darauf ab, durch die Vorlage eines Klimaschutzkonzeptes finanzielle Förderungen zu erschließen, wie sie in der Vorlage selber darstelle. Weiterhin teilte er mit, dass die Maßnahmen insgesamt sehr gut seien. Es seien aber viele dabei, bei denen die Stadt sehr wenig bzw. kein Geld anfassen müsse und eigene Aktivitäten nicht erkennbar seien. Des Weiteren sollte diese Vorlage nicht als Informationsvorlage zur Kenntnis genommen werden, sondern als ein genauerer Beschlussvorschlag eingebracht werden. Hier sollten zum Beispiel enthalten sein: Der Beschluss über das Konzept als Orientierungsrahmen, feste CO₂-Minderungsziele, die Benennung von Beteiligten bei der Umsetzung von Maßnahmen, der Auftrag an die Gesellschaftervertreter in städtischen Unternehmen zur Berücksichtigung der Ziele sowie möglicherweise haushaltsrelevante Beschlüsse zu Einzelmaßnahmen. In Magdeburg wurde z.B. Fachförderrichtlinie beschlossen – wie stehe es damit in Halle? Zu jährlichen Umsetzungsberichten wurde schon beim Tagesordnungspunkt 4.1 gesprochen. Er wünsche sich von der Verwaltung für die 2. Lesung diesbezüglich eine Information.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass in vielen Bereichen –speziell im finanziellen Bereichen- sehr viel mit anderen Städten verglichen werde. Dies sollte versucht werden, auch hier zu ermöglichen. **Herr Stäglin** sicherte eine Überprüfung zu.

Herr Scholtyssek bat um Klärung, inwieweit die Kommunalaufsicht Maßnahmen jenseits von energetischen Sanierungen mit konkreten Einsparungen bei den Energiekosten genehmigen würde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: beraten
in 1. Lesung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis.

zu 4.3 **4. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"**
Vorlage: V/2012/10949

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin Umweltamt**, begründete die Einbringung der Vorlage. Es gab keine Wortmeldungen.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der 4. Satzung zur Änderung der „Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006“ wird zugestimmt.

zu 4.4 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10950

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin Umweltamt**, begründete die Einbringung der Vorlage. Sie teilte mit, dass Änderungen nur bei der Erhöhung der Restmüllgebühr um 3,8 % und der Einführung der Bezahlung mittels Vorkasse bei der Terminabsprache für den Sperrmüll erfolgen. Weiterhin verbleibe es bei der degressiven Staffelung der Restmüllgebühren.

Herr Dr. Rürup, Sachkundiger Einwohner, möchte gern wissen, woher die Erhöhung von 3,8 % resultiere. **Herr Lux, Geschäftsführer der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH**, teilte mit, dass diese auf die RAB Halle GmbH zurückzuführen sei. Demnach haben sich die Stromkosten für die Anlage erhöht und die Stoffe, die die Anlage verlassen, müssen europaweit ausgeschrieben werden.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte unter Bezugnahme auf den Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung vom 1.11.2012 an, wo die wesentlichen Leistungen für Hallenser seien und wo Magdeburg günstiger sei. **Frau Ruhl-Herpertz** wies darauf hin, dass dies schwer zu sagen sei, da in Magdeburg andere Strukturen und andere Entsorgungsrhythmen vorhanden seien. In Halle werde darauf abgezielt, dass größere Tonnen (120 Liter) für die Entsorgung des Bio-Abfalls angeboten werden. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass dann, wenn kleinere Tonnen nicht ausreichen, z. B. Bio-Abfall in der Restmülltonne entsorgt werde. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, bat darum, ein Beispiel zum Kostenvergleich zwischen Halle und Magdeburg zur Verfügung zu stellen. **Herr Stäglin** sicherte zu, dies zu versuchen und dem Protokoll anzufügen bzw. bis zur Sitzung des Finanzausschusses vorzulegen.

Herr Knöchel fragte:

1. Die Entsorgung der Weihnachtsbäume koste nichts. Was werde damit gemacht?
2. Wie schlüsseln sich die Gebühren in Mahnwesen, Beitreibung und Vollstreckung auf?
3. Wie oft erfolgte eine Abfallberatung im Umweltamt? Welche Schwerpunkte gab es dabei?
4. Es wird um Aufschlüsselung der Kosten der Wertstoffmärkte erbeten.

Herr Lux teilte mit, dass die Weihnachtsbäume geschreddert und anschließend kompostiert werden. Dies koste kein Geld. Nur für das Einsammeln entstehen Kosten, welche in den Gebühren enthalten seien. Die Antworten werden, wenn möglich, bis zum Finanzausschuss am 13. 11.2011 schriftlich beantwortet. Er erläuterte auch die Kostenentwicklung in der Abfallentsorgung in Halle seit 2005. Danach wird 2014 die Abfallentsorgung 97 % der Kosten von 2005 umfassen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt (bei 3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag:

Der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.

**zu 4.5 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von
Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) -
Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009
Vorlage: V/2012/11024**

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin Umweltamt**, begründete die Einbringung der Vorlage.

Es gab keine Wortmeldungen.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) – Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009 wird zugestimmt.

**zu 4.6 Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines
regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle -
Vorlage: V/2011/09673
Vorlage: V/2012/11109**

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung. **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit**, begründete die Einbringung der Vorlage.

Es gab keine Wortmeldungen.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale) die Mitwirkung Dritter. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung ist erforderlich.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und wies darauf hin, dass im Ausschuss festgelegt wurde, dass der Tagesordnungspunkt 5.1 zusammen mit der Mitteilung zum Pappelbestand der Verwaltung erfolge.

zu **Pappelbestand im Stadtteil Halle-Neustadt**
Vorlage: V/2012/11038

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, informierte den Ausschuss zum Pappelbestand in Halle-Neustadt und wies auf die ausgeteilte Informationsvorlage hin.

zu 5.1 **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: V/2012/10844

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragstellerin. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, begründete die Antragstellung.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, wies auf die Kostenauswirkungen für die Umsetzung des Antrages hin. So seien Hochrechnungen zufolge mit Gesamtkosten in Höhe von 820.00,00 € für das Fällen von Bäumen, anschließender Durchführung von Ersatzpflanzung und die weitere Pflege des Baumes zu rechnen, wenn richtliniengerecht verfahren wird. Die Verwaltung folge der inhaltlichen Zielstellung des Antrages und sehe dies als politische Willensbekundung.

Herr Rost, Amtsleiter Grünflächenamt, untersetzte die in der Vorlage bezeichneten Kosten der Pflanzungen und wies gleichzeitig darauf hin, dass diese Kosten nicht geringer ausfallen würden, wenn diese Leistungen durch die Stadtverwaltung selbst erbracht würden. Der Markt könne hier einfach günstiger (Stichwort Personalkosten) und flexibler reagieren.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, fragte nach, ob die Verwaltung zukünftig Baumpatenschaften ermögliche oder ob dies nur eine Illusion sei. **Herr Stäglich** teilte mit, dass die Verwaltung offen für Patenschaften in einzelnen Stadtteilen bzw. auf bestimmten Straßenzügen sei.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass die Verwaltung dem Antrag zustimme, aber die Dauer der Umsetzung strecken wolle. Er möchte gern wissen, wie sich die Verwaltung das vorstelle. **Herr Stäglich** teilte mit, dass die Verwaltung die Intention des Antrages nicht bremsen wolle und wies darauf hin, dass dafür jedoch die finanziellen Mittel bereitgestellt werden müssen. **Herr Paulsen** wies darauf hin, dass mit einem Beschluss die Verwaltung dazu beauftragt sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Dr. Schöps, Sachkundige Einwohnerin, bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass mittelfristig notwendige Baumfällungen durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplanentwürfen der Stadtverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2013 zu berücksichtigen.

2. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Kompensation der Altbestände von Hybridpappeln durch die Pflanzung anderer Baumarten im Stadtteil Neustadt zu richten.
3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die finanzielle Ausstattung des Grünflächenamtes einen langfristigen Pflegeplan für den kommunalen Baumbestand einschließlich des Straßenbaumbestandes ermöglicht.

zu 5.2 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open** **Vorlage: V/2012/10586**

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragstellerin. **Frau Wildgrube, FDP-Fraktion**, begründete die Änderung des Antrages und bat um Mitteilung, wie der Änderungsantrag jetzt zu werten sei. **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, teilte mit, dass dieser zurückgezogen sei.

Frau Biesecke, Leiterin der Stabsstelle Veranstaltungsservice und Marktwesen, teilte mit, dass die Verwaltung der Auffassung sei, dass es hier keines Beschlusses bedürfe.

Herr Paulsen wies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt hin, welcher im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung beraten wurde. **Frau Wildgrube** teilte mit, dass Kriterien erstellt werden müssten, um eine Gebührenbefreiung aufgrund eines öffentlichen Interesses zu erzielen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Handels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt präzisiert: In die Vereinbarung werden Klauseln eingefügt, die die Ausgestaltung des Salzfestes und der Handels Open detaillierter regeln.~~
- ~~2. Bei den Handels Open wird dem besonderen Kulturanspruch der Stadt an diese Veranstaltung Rechnung getragen. Ein Bezug zu Georg Friedrich Händel und zur Barockzeit muss deutlich erkennbar sein. Moderne Elemente mit Bezug auf diese Werke sind ergänzend möglich.~~
- ~~3. Das Salzfest bezieht seinen Namen aus der halleschen Salzwirker Tradition. Daran muss sich das Veranstaltungskonzept messen lassen. Das Verkaufssortiment hat sich von einem üblichen Marktsortiment durch einen besonderen Bezug zur Salztradition zu unterscheiden.~~
- ~~4. Sollte der Betreiber der Änderung nicht zustimmen, wird die Kooperationsvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt (30.11.2012) gekündigt.~~

- ~~5. Die Stadtverwaltung legt jedes Jahr das Programm der Veranstaltungen im zuständigen Fachausschuss des Stadtrates rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung zur Bestätigung vor.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kriterien und Standards für die gebührenbefreite Vergabe von Marktplatz und Hallmarkt ab dem Jahr 2013 zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Sämtliche bestehende Verträge, in denen diese Kriterien nicht enthalten sind, werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt und neu ausgehandelt anhand der durch den Stadtrat beschlossenen Kriterien.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10880**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen
durch Erklärung des Antragstellers

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit dem Ziel neu verhandelt, die Ausgestaltung der Veranstaltungen stärker an den Interessen der Stadt auszurichten. In die Kooperationsvereinbarung werden konkrete Kriterien aufgenommen, die dem historischen Bezug und dem Namen der Veranstaltungen Rechnung tragen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diesen Prozess zu organisieren und den Kulturausschuss zu informieren.

**zu 5.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964**

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an den Antragsteller. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, begründete die Antragstellung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, teilte mit, dass die Verwaltung bereits die Prüftätigkeit aufgenommen habe. Finanzielle Mittel stünden nicht zur Verfügung. Eine Containerlösung sei die hier akzeptable Lösung, erfordere aber einen entsprechenden Kostenaufwand.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., fragte danach, ob gemeinsam mit der DSM die Umsetzung der Toilettenanlage am Stadtbad nicht möglich sei, da diese kaum genutzt würde.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion gab dazu der Verwaltung einen Prüfauftrag, der durch Herrn Stäglin angenommen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung überprüft die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in unmittelbarer Nähe zur Ziegelwiese. Dabei sollen auch Varianten zur Finanzierung untersucht werden.

Über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet die Stadtverwaltung den Ordnungs- und Umweltausschuss sowie den Planungsausschuss spätestens in den Sitzungen im November 2012.

**zu 5.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von
Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und
Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967**

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragstellerin. **Frau Wildgrube, FDP-Fraktion**, begründete die Antragstellung.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, wies auf die Stellungnahme der Verwaltung hin. Die Stadt sei an Weisungen gebunden und handelt im Rahmen des übertragenen Wirkungsbereiches. Deshalb sei der Antrag abzulehnen.

Frau Wildgrube erklärte, dass sie den Antrag zurückziehe.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen
durch Erklärung der Antragstellerin

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) führt Parkerlaubnishefte für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte für das Stadtgebiet Halle (Saale) als Ausnahmegenehmigung gemäß § 46 StVO ein.

Die Erlaubnis berechtigt zum Parken in Parkzonen mit den Verkehrszeichen 286 (eingeschränktes Halteverbot), 290 (eingeschränktes Halteverbot für eine Zone), 314 (Parkplatz, außer Sonderparkplatz für Schwerbehinderte) im mit Parkuhren und Parkscheinautomaten bewirtschafteten Parkraum, sowie in Bewohnerparkzonen und in Fußgängerzonen. In diesen Bereichen wird durch das Parkerlaubnisheft das Parken für Reparatur- und Montagearbeiten sowie Pflegedienste und Werttransporte erlaubt, sofern dadurch keine Behinderung des fließenden Verkehrs oder der Feuerwehr verursacht wird und die Rettungswege frei bleiben.

Antragsberechtigt sind Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Gewerbetreibende sowie Pflegedienste und Werttransporte aus Halle (Saale), deren Betrieb bei der

Handwerkskammer oder der Industrie- und Handelskammer gemeldet ist. Das Erlaubnisheft gilt für ein Einsatzfahrzeug sowie ein Ersatzfahrzeug **kann für alle Kraftfahrzeuge der Firma genutzt werden, der die Ausnahmegenehmigung erteilt wurde.** Die Kennzeichen sind anzugeben. Die Erlaubnis ist im Original im Fahrzeug mitzuführen und damit zeitgleich nur für ein Fahrzeug verwendbar.

Ein Parkerlaubnisheft beinhaltet 50 Ausnahmegenehmigungen. Mit einer Ausnahmegenehmigung kann an einem Tag an bis zu vier Einsatzorten bis zu einer Gesamtdauer von acht Stunden geparkt werden.

Die Parkerlaubnishefte werden über das Ordnungsamt der Stadt Halle (Saale) ausgegeben.

Die Gebühren für ein Parkerlaubnisheft betragen 150 Euro.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Frau Biesecke, Leiterin der Stabsstelle Veranstaltungsservice und Marktwesen, informierte, dass darüber nachgedacht werde, zwischen Weihnachten und Neujahr keinen Wochenmarkt stattfinden zulassen. Es hätten sich zu wenig Händler bereit erklärt, ihre Stände aufzubauen. Damit könne man keinen attraktiven Markt anbieten. So gebe es für den 27. Dezember 14 Interessenten, für den 28. Dezember 13, für den 29. Dezember 10 und am 31. Dezember sogar nur 8. Durch die geringe Auslastung entstünden zu Hohe Kosten.

Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin Umweltamt, teilte mit, dass in der ausgeteilten Mitteilung zur Beurteilung von derzeitigen Altkleidersammlungen ein redaktioneller Fehler unterlaufen sei. Es wurde nicht aus ordnungsrechtlicher, nur aus abfallrechtlicher Sicht beurteilt Sicht geurteilt. Dies werde im Ratsinformationssystem korrigiert.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, teilte mit, dass bezüglich der in der Presse mitgeteilten Baumfällungen auf der Saline eine Pressemitteilung erfolgt sei und die Maßnahmen auch vor Ort kundgegeben werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.1 Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die ausgeteilte Informationsvorlage, welche auch im Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Der Abschlussbericht erfolge in der Dezembersitzung des Stadtrates. Diese Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, möchte gern wissen, ob beim Winterdienst mit Einschränkungen gerechnet werden müsse. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, teilte mit, dass der Winterdienst vertraglich geregelt sei und demnach mit keinen Einschränkungen gerechnet werden müsse.

Frau Wildgrube, FDP-Fraktion, teilte mit, dass es durch die beengten Verhältnisse und parkenden Autos in dem Bereich „Weidenplan“, Ecke „Unterberg“ zu erheblichen Behinderungen für den Zeitraum der Müllabfuhr komme. Sie fragte daher:

1. Ist es möglich, an der Straße „Weidenplan“ zur Einmündung „Unterberg“ ein Verkehrszeichen „Parkverbot“ zu installieren?
2. Sollte es keine rechtliche Möglichkeit der Klärung geben, welche Lösung kann für diesen Fall angeboten werden?

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, teilte wie folgt mit:

- zu 1. Das Parken im Einmündungsbereich der Straße „Unterberg“ ist gemäß § 12 Abs. 3 Nr. 1 StVO unzulässig und bedarf keiner zusätzlichen Beschilderung eines Verkehrszeichens.
 - zu 2. Auf Grund der Straßenbreiten in der Altstadt und dem angrenzenden Bereich ist in der Zeit der Müllabfuhr immer mit Behinderungen des fließenden Verkehrs zu rechnen. Die Kraftfahrer müssen sich darauf einstellen, ggf. langsam hinterher fahren oder eine andere Wegstrecke wählen.
-

Frau Burghardt, Sachkundige Einwohnerin, wies darauf hin, dass in der letzten Sitzung die aktuelle Situation zum Fluglärm besprochen wurde. Sie möchte gern von der Verwaltung wissen, wie der Stand der Resolution zur Entlastung von nächtlichem Fluglärm sei. **Herr Stäglin** teilte mit, dass diese auf dem Weg sei.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Ziel der Maßnahme der Baumfällungen nördlich vom Holzplatz. **Herr Stäglin** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Paulsen teilte mit, dass in Neustadt auf städtischen Grünflächen aller 3 Tage Laub entfernt werde. Er möchte gern wissen, ob es nicht auch aufgrund der Haushaltssituation ausreiche, wenn man abwartet, bis das gesamte Laub von den Bäumen runter sei und dann alles auf einmal zu entfernen. **Herr Stäglin** bat um Mitteilung der genauen Örtlichkeiten, damit eine fachgerechte Antwort erteilt werden könne.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 09.11.2012

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter

Oliver Paulsen
Ausschussvorsitzender

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Wolfram Neumann
Beigeordneter

René Müller
Protokollführer